

I-11 Dringlichkeitsantrag: In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 26.09.2022

Tagesordnungspunkt: I In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken

Antragstext

- 1 Die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine spüren wir auch
- 2 in Form von hohen Preisen bei uns. Die enorme fossile Abhängigkeit von Russland, in die
- 3 Deutschland von Vorgängerregierungen getrieben wurde, gibt dem Kreml die Möglichkeit, auch
- 4 unseren Wohlstand herauszufordern. Doch wir lassen uns nicht von Vladimir Putin erpressen.
- 5 Und das heißt: Wir stehen unverändert solidarisch an der Seite der Ukraine und ihrer
- 6 Menschen. Mit weitreichenden Maßnahmen erreichen wir Monat für Monat Deutschlands
- 7 Unabhängigkeit von russischen Energieimporten. Und je stärker wir dabei auf erneuerbare
- 8 Energien setzen, desto mehr werden künftig auch die Preise sinken.
- 9 Doch aktuell leiden viele Menschen in Deutschland und Europa unter immens gestiegenen
- 10 Preisen für Energie und Lebensmittel und wissen oft kaum mehr, wie sie ihre Rechnungen
- 11 bezahlen sollen. Gerade diejenigen, die schon vor der aktuellen fossilen Inflation, vor dem
- 12 russischen Angriff auf die Ukraine und vor der darauffolgenden Energiekrise kaum über die
- 13 Runden kamen, werden von den derzeitigen Herausforderungen hart getroffen. So droht sich die
- 14 soziale Spaltung nach mehr als zwei Jahren Pandemie ein weiteres Mal zu verschärfen. Viele
- 15 Menschen machen sich in dieser Situation berechtigte Sorgen. Deswegen haben wir stets
- 16 zielgerichtet diejenigen besonders in den Blick genommen, die von der Krise am härtesten
- 17 getroffen werden.
- 18 Die Sorge vor steigenden Lebenshaltungskosten reicht bis in die gesellschaftliche Mitte
- 19 hinein. Es steht der über lange Zeit erarbeitete Lebensstandard und Wohlstand in Frage. Die
- 20 hohen Preise für Energie und Lebensmittel treffen alle Menschen existenziell, die geringe
- 21 oder keine Rücklagen haben, das betrifft ca. 40 Prozent der Menschen in Deutschland. Oft

22 sind es gerade die vielen Beschäftigten, die in systemrelevanten Berufen schon in
23 Zeiten der
24 Lockdowns unsere Versorgung mit dem Notwendigsten gesichert haben. Sie stellen
25 unsere
26 Daseinsvorsorge, also das tägliche Brot, die Reparatur der Heizung, die Fahrt im Bus
27 oder
28 die Betreuung im Kindergarten sicher.

29 Wir lassen die Menschen in diesem Land nicht alleine. Um sie zu unterstützen, braucht
30 es zum
31 einen kurzfristige Entlastungen, zum anderen aber muss Deutschland gerechter
32 werden. An
33 vielen Stellen müssen wir unseren Sozialstaat reformieren und an die
34 Herausforderungen und
35 Bedarfe unserer Zeit anpassen. Mit Vorhaben wie dem Bürgergeld und der
36 Kindergrundsicherung
37 schaffen wir mehr soziale Gerechtigkeit in Zeiten sozialer Unsicherheit und
38 Polarisierung.

39 Insgesamt steht uns als Gesellschaft ein schwerer Winter bevor. Neben der Inflation
40 droht
41 aufgrund der Energiekrise auch eine Rezession in ganz Europa. Nach zwei
42 Pandemie Jahren macht
43 das auch vielen Unternehmen große Sorgen. Denn durch die seit Mitte Juni reduzierten
44 und
45 seit Anfang September ausbleibenden Gaslieferungen sind die Energiekosten massiv
46 gestiegen
47 und setzen besonders kleine und mittelständische Betriebe stark unter Druck. Die
48 hohen
49 Preise zehren ihre Rücklagen auf und damit die Mittel für Investitionen in den Umbau
50 für
51 mehr Nachhaltigkeit und vor allem in den Umbau zur Reduzierung des
52 Energieverbrauchs. Hinzu
53 kommen fortwirkende Lieferengpässe, der handfeste Mangel an Arbeits- und
54 Fachkräften sowie
55 die allgemein rückläufige Kaufkraft und eine insgesamt erhöhte Unsicherheit. Es darf
56 nicht
57 dazu kommen, dass unsere Mittelständler, Handwerksbetriebe, aber auch soziale
58 Einrichtungen
59 und Krankenhäuser in dieser extrem angespannten Phase ihre Liquidität verlieren. Wir
60 müssen
61 ihnen beistehen, damit sie gut über diesen Winter kommen – und sie bei der
62 Transformation
63 unterstützen.

64 Der drohende Nachfrageschock kann die Situation weiter verschärfen. Die teilweise
65 verdoppelten oder verdreifachten Kosten für Strom, Gas und Lebensmittel müssen die
66 Bürger*innen an anderer Stelle einsparen. Das hat Auswirkungen auf die
67 Konsumgüternachfrage
68 in Deutschland. Auch die Tarifpartner wissen: Lohnzurückhaltung ist daher jetzt das
69 falsche
70 Rezept gegen die Inflation. Expert*innen sehen keine Anzeichen für eine Lohn-Preis-
71 Spirale.

- 49 Im Gegenteil, die Reallöhne sinken. Es geht in diesem Winter darum, diejenigen bei
den hohen
50 Preisen zielgerichtet zu unterstützen, die wenig haben.
- 51 Es ist aber auch eine Frage ökonomischer und wirtschaftlicher Vernunft, dass wir es
nicht
52 zulassen, die Rezessionsgefahren noch zu verschärfen. Jetzt eine Rezession in Kauf zu
53 nehmen, um die Inflation zu bekämpfen, wäre genau der falsche Weg. Denn damit
würde man
54 Schaden im Kern der deutschen Wirtschaft riskieren. Wir müssen also beides schaffen:
aktiv
55 gegen die drohende Rezession und gleichzeitig gegen die hohe Inflation vorgehen.
- 56 Dabei ist eine kluge Geldpolitik ein wichtiges Instrument von Inflationsbekämpfung.
Doch es
57 liegt an der Politik, die richtigen Maßnahmen zu treffen, damit Geldpolitik wirken kann
und
58 die Menschen vor den Folgen der Inflation geschützt werden. Unser Ziel ist es auch,
allen
59 EU-Staaten mehr Investitionen für den sozial-ökologischen Umbau und für die soziale
60 Infrastruktur zu ermöglichen. Daher setzen wir uns für eine Weiterentwicklung der EU-
61 Fiskalregeln ein.
- 62 Aus dieser Krise können wir uns nicht herausparen. Wir brauchen einen starken
Schutzschirm
63 für das Handwerk, für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie für die soziale
64 Infrastruktur und gleichzeitig müssen wir in die sozial-ökologische Transformation
sowie die
65 Unabhängigkeit unserer Energieversorgung investieren. Nur so kommen wir raus aus
der von
66 Putin getriebenen fossilen Inflation und machen unsere Wirtschaft und Industrie
67 zukunftsfest.
- 68 Klar ist aber auch: Wir werden nicht alle Lasten, die in diesem Winter auf uns
zukommen,
69 ausgleichen können. Deshalb ist es wichtig, unsere Möglichkeiten gezielt einzusetzen,
und
70 dass auch diejenigen ihren Beitrag leisten, die in der Krise gut über die Runden
kommen oder
71 als Unternehmen aufgrund der Krise sogar zusätzliche Gewinne machen.
- 72 **Soziale Sicherheit schaffen - in der Krise und darüber hinaus**
- 73 Während sich viele Menschen um die nächste Nebenkostenabrechnung sorgen, fahren
einige
74 wenige Energiekonzerne gerade milliardenschwere Gewinne ein - nicht etwa, weil sie
besser
75 wirtschaften oder klug investiert haben, sondern einzig und allein, weil der russische
76 Angriff auf die Ukraine die Energiepreise derart in die Höhe getrieben hat. Wir drängen
- 77 deshalb bereits seit dem Frühjahr auf die Abschöpfung solcher Übergewinne, um mit
den daraus
78 erzielten Einnahmen gezielt die Bürger*innen zu entlasten.

79 Mit dem Abschöpfen dieser zufälligen Übergewinne auf dem Strommarkt gehen wir
nun einen
80 ersten wichtigen Schritt, um eine Strompreisbremse zu finanzieren. Damit soll der
81 Grundverbrauch an Strom für die Menschen bezahlbar bleiben. Für den darüber
hinausgehenden
82 Verbrauch wird der jeweils aktuelle Marktpreis angelegt. So werden
Verbraucher*innen, aber
83 auch kleine und mittlere Unternehmen entlastet und gleichzeitig zur Reduktion ihres
84 Verbrauchs angeregt. Sollte eine europäische Regelung nicht zustande kommen,
werden wir sie
85 bis Ende des Jahres national einführen. Mit dem Vorschlag einer Solidaritätsabgabe auf
Unternehmensgewinne im Energiebereich jenseits des Stromsektors legt die EU-
86 Kommission nun
87 nach. Wir werden in der Bundesregierung darauf drängen, dass dieser Vorschlag zügig
88 angenommen und umgesetzt wird. Wenn eine Einigung auf europäischer Ebene
scheitert, setzen
89 wir uns für eine nationale Übergewinnsteuer auch in diesem Bereich ein.

90 Die Strompreisbremse soll auch kleinen und mittelständischen Betrieben sowie
Vereinen,
91 Verbänden oder Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen zugutekommen. Für sie
soll es
92 ebenfalls ein vergünstigtes Stromkontingent geben, weil auch hier die Belastungen
durch die
93 hohen Strompreise spürbar sind. Daneben führen der schnellere Ausbau erneuerbarer
Energien
94 sowie die beschlossenen Effizienz-Maßnahmen perspektivisch ebenfalls zu günstigeren
Strompreisen.

95

96 Außerdem werden wir Maßnahmen ergreifen, um auch den Gaspreis zu senken. Es ist
gut, dass
97 die Expertenkommission, die sich mit den Möglichkeiten einer Preisdämpfung befasst,
ihre
98 Arbeit aufgenommen hat. Auch beim Gas braucht es einen Preisdeckel für den
Grundbedarf. Das
99 würde dafür sorgen, dass der Grundverbrauch bezahlbar bleibt – für die Bürger*innen
genauso
100 wie für die Unternehmen im Land. Außerdem können wir nicht mehr jeden
Einkaufspreis
101 akzeptieren. Eine geschlossen auftretende EU sollte ihr starkes Marktgewicht
gegenüber Gas-
102 exportierenden Ländern und auf den globalen Spotmärkten für Flüssiggas einsetzen,
indem sie
103 Instrumente wie einen Price Cap für den Import von Gas prüft.

104 In bisher drei Entlastungspaketen haben wir zusammen mit unseren Koalitionspartnern
viele
105 Maßnahmen vereinbart, die denjenigen zu Gute kommen, die die steigenden Preise
finanziell
106 besonders unter Druck setzen. Das sind Menschen mit geringen und mittleren
Einkommen,

107 Familien, Studierende, Rentner*innen und Menschen, die auf Sozialleistungen
angewiesen sind.
108 Gerade für sie haben wir uns in den Verhandlungen stark gemacht. Und das werden
wir auch
109 weiterhin tun: Sollte die wirtschaftliche und soziale Lage es notwendig machen,
müssen zügig
110 weitere Sofortentlastungen kommen, etwa weitere Direktzahlungen.

111 Denn ein wirksamer Weg, um Menschen in der Breite kurzfristig vor den Folgen hoher
112 Energiekosten zu schützen, sind staatliche Direktzahlungen an private Haushalte.
Daher haben
113 wir die Energiepreispauschale auf den Weg gebracht. Dadurch, dass diese der
progressiven
114 Einkommensteuer unterliegt, stellen wir sicher, dass Menschen mit wenig Einkommen
am meisten
115 profitieren. Nun erhalten auch Rentner*innen und alle Studierenden eine
Einmalzahlung. In
116 der Transformation hilft auch ein sozial-gerechtes Klimageld, das wir – wie im
117 Koalitionsvertrag vereinbart – gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern umsetzen
wollen.
118 Direktzahlungen an alle Bürger*innen bieten zum einen die Möglichkeit einer sozial
gerechten
119 Rückzahlung der Einnahmen aus dem CO2-Preis, zum anderen sind sie ein kurzfristiges

120 Kriseninstrument. Nur fehlt bisher in Deutschland dafür ein Auszahlmechanismus. Das
121 Finanzministerium muss diesen bis Ende des Jahres vorlegen.

122 Familien sind besonders betroffen von den steigenden Preisen. Deshalb wollen wir
Familien
123 sehr gezielt unterstützen: Für von Armut betroffene Kinder gilt bis zur Einführung der
124 Kindergrundsicherung ein monatlicher Kindersofortzuschlag in Höhe von 20 Euro. Für
Familien,
125 deren Einkommen nur knapp oberhalb der Grundsicherung liegt, wird der
Kinderzuschlag erhöht
126 und für kindergeldberechtigte Kinder steigt das monatliche Kindergeld auf 237 Euro im
Monat.
127 Die hohe Kinderarmut in Deutschland werden wir aber nur beenden, indem wir eine
echte
128 Kindergrundsicherung einführen, die alle Kinder erreicht, unabhängig vom
Familienmodell
129 ihrer Eltern. Auf dem Weg dahin müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um
130 familienpolitische Antragsleistungen wie den Kinderzuschlag oder Leistungen aus dem
131 Bildungs- und Teilhabepaket niedrigschwellig und unbürokratisch zugänglich zu
machen. Mit
132 der Kindergrundsicherung werden wir die Familienförderung vom Kopf auf die Füße
stellen und
133 ein zeitgemäßes Sozialstaatsverständnis umsetzen: einfach, automatisch berechnet
und
134 ausgezahlt ohne aufwendiges Antragswesen bei verschiedenen Behörden. Damit
werden wir Armut
135 – auch verdeckte – bekämpfen und sicherstellen, dass jedes Kind und jede*r

Jugendliche*r
136 finanziell abgesichert ist.

137 Außerdem muss die im Koalitionsvertrag vorgesehene steuerliche Gutschrift für
138 Alleinerziehende jetzt auch schnell auf den Weg gebracht werden, denn
Alleinerziehende
139 gehören zu denjenigen, die in diesem Land am meisten von Armut betroffen sind.

140 Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, erhielten bereits eine
Einmalzahlung von
141 200 Euro. Das neue Bürgergeld, das ab Januar 2023 die bisherige Grundsicherung
ersetzt, wird
142 um 53 Euro steigen. Gleichzeitig ändern wir die Berechnungsmethode dauerhaft so,
dass die
143 Inflation künftig früher in die Berechnung einfließt. Auch Kinder und Jugendliche im
144 Leistungsbezug haben künftig deutlich mehr Geld zum Leben. Und auch die
Geldleistungen für
145 andere Sozialleistungsbeziehende sollen entsprechend fortgeschrieben werden, zum
Beispiel in
146 der Grundsicherung im Alter oder für Asylsuchende.

147 Strukturell überwinden wir mit dem Bürgergeld endlich Hartz-IV und schaffen eine
148 bürgerfreundliche Grundsicherung, die mehr soziale Sicherheit schafft und den Fokus
auf
149 Weiterbildung und Qualifizierung legt. Damit kommen wir unserem Konzept der grünen
150 Garantiesicherung einen wichtigen Schritt näher. Für uns ist klar: Das Bürgergeld muss
151 perspektivisch noch weiter steigen, und eine bedarfsgerechte und inflationsfeste
152 Neuberechnung der Regelsätze muss kommen. Die gegenwärtig vereinbarte Erhöhung
sehen wir
153 daher als ersten Schritt hin zu einer armutsfesten Grundsicherung.

154 Nachdem von uns im Koalitionsvertrag durchgesetzten Sanktionsmoratorium werden
155 Sanktionsmöglichkeiten über die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hinaus
deutlich
156 eingeschränkt. Und die Kultur im Jobcenter wird eine andere sein. Briefe kommen
künftig
157 weitgehend ohne komplizierte Rechtsfolgenbelehrungen aus und werden somit
verständlicher.

158 Statt Sanktionen setzt das Bürgergeld auf positive Anreize mit dem Weiterbildungsgeld
von
159 150 Euro und dem Bürgergeldbonus von 75 Euro pro Monat als Aufschlag auf den
Regelsatz. Wer
160 sich auf den Weg in einen neuen Beruf macht, wird so direkt für seine Anstrengungen
belohnt
161 – und nicht erst am Ende einer mehrjährigen Ausbildung. Außerdem verstetigen wir
den
162 Sozialen Arbeitsmarkt und stärken damit die Teilhabe von langzeitarbeitslosen
Menschen am
163 Arbeitsleben.

164 Um Menschen mit wenig Geld knapp oberhalb der Grundsicherung vor den hohen
Heizkosten zu
165 schützen, unterstützen wir mit Heizkostenzuschüssen beim Wohngeld und im BAföG.
Im kommenden
166 Jahr wird es außerdem eine große Wohngeldreform mit einer Heizkosten- sowie einer
167 überfälligen Klima-Komponente geben. Mit der Reform sollen weit mehr Menschen
künftig
168 Anspruch auf Wohngeld haben. Die Wohngeldbeantragung und -bewilligung muss
dabei
169 niedrigschwellig, digital und schnell gestaltet werden. Das ist eine gesamtstaatliche
170 Aufgabe. Wir haben im dritten Entlastungspaket zudem Regelungen vereinbart, damit
171 Mieter*innen in finanziellen Notsituationen ihre Wohnung nicht verlieren und Strom-
und
172 Gassperren verhindert werden. Diese müssen jetzt zügig und wirksam umgesetzt
werden. Es
173 braucht außerdem Schutz für Haushalte mit Indexmieten. Denn bei
Indexmietverträgen sind
174 Mietsteigerungen an die Entwicklung der Verbrauchspreise gekoppelt. Durch die
175 Preissteigerungen droht den betroffenen Mieter*innen eine massive Anhebung ihrer
Miete -
176 zusätzlich zu den steigenden Heizkosten. Daher wollen wir Indexmieten deckeln.
177 Bereits vor der aktuellen Krise ist bezahlbares Wohnen zur wichtigsten sozialen Frage
in
178 urbanen Zentren geworden. In den letzten Jahren ist der Bestand an Sozialwohnungen
stetig
179 zurückgegangen. Das müssen wir umkehren, indem wir die verbliebenen Bestände
sichern und um
180 neue erweitern. Deshalb ist es richtig, dass wir uns im Koalitionsvertrag auf eine
181 Wohnbauoffensive und die neue Wohngemeinnützigkeit geeinigt haben - beides muss
nun zügig
182 kommen. Wir werden in hohem Umfang auch öffentlich geförderte Wohnungen bauen
und dauerhaft
183 sichern.

184 Klar ist: Wohnen ist ein Grundrecht und muss als Teil der Daseinsvorsorge verstanden
werden.
185 Das bedeutet, dass Wohnen für alle bezahlbar ist. Der Schutz und das Recht von
Mieter*innen
186 muss dafür an verschiedenen Stellen gestärkt werden. Die Mietpreisbremse wollen wir
187 verlängern und verschärfen. In angespannten Märkten werden wir die Kappungsgrenze
von 15 auf
188 elf Prozent in drei Jahren absenken. Wir werden qualifizierte Mietspiegel stärken,
189 verbreitern und rechtssicher ausgestalten sowie für mehr Transparenz bei den
190 Nebenkostenabrechnungen sorgen. Die Modernisierungumlage wollen wir strikt
begrenzen, damit
191 Kosten nicht einfach auf die Mieter*innen abgewälzt werden können. Auch muss
Mietwucher
192 wirksam bekämpft werden.

193 Wir müssen außerdem vermeiden, dass Menschen ihre Wohnung verlieren. Bereits
ausgesprochene
194 Kündigungen sollten durch Nachzahlung der geschuldeten Miete zurückgenommen

werden.

- 195 Strukturelle Wohnungs- und Obdachlosigkeit wollen wir bis 2030 beenden.
- 196 Es braucht zukünftig eine effektivere Regulierung der Bodenpreise sowie eine nachhaltige und
- 197 sozial ausgewogene Entwicklung des Wohnungsmarktes und des Wohnungsbaus. Im Sinne einer
- 198 integrierten Flächenentwicklung und der Schaffung von Wohnraum kommt kommunalen
- 199 Flächenreserven verstärkt eine Schlüsselfunktion zu. Das kommunale Vorkaufsrecht wollen wir
- 200 daher durch eine Änderung im Baugesetzbuch wieder ermöglichen.
- 201 Die von uns durchgesetzte Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro zum
- 202 1. Oktober diesen Jahres bedeutet eine gezielte Gehaltserhöhung für viele Millionen
- 203 Menschen, insbesondere für Frauen und Beschäftigte in Ostdeutschland. Mit der Anhebung der
- 204 Midijobgrenze entlasten wir kurzfristig viele Menschen mit wenig Einkommen außerdem bei
- 205 Steuern und Sozialbeiträgen, halten aber am Grundsatz der Parität fest. Auch auf der
- 206 europäischen Ebene haben wir mit dem beschlossenen EU-Mindestlohn zum ersten Mal einen
- 207 gemeinsamen Standard gesetzt. Der EU-Mindestlohn ist ein wichtiges Werkzeug, um Armut
- 208 vorzubeugen, denn es müssen nun alle EU-Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen, dass nationale
- 209 Mindestlöhne ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Darüber hinausgehend braucht es eine
- 210 EU-Grundsicherung.
- 211 Mit dem 9-Euro-Ticket wurden Menschen in diesem Sommer bei der Mobilität spürbar entlastet.
- 212 Zudem konnten wir die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs steigern. Es gilt nun, eine
- 213 ökologisch nachhaltige, einfache, bundesweit nutzbare und preisgünstige Form der Mobilität
- 214 zu realisieren. Die bereits vereinbarte Anschlussregelung soll aus unserer Sicht einen Preis
- 215 von 49 Euro nicht übersteigen. Mit weiteren Investitionen in die Schiene haben wir richtige
- 216 Weichenstellungen eingeleitet. Darüber hinaus wird es kurzfristig auch eine deutliche
- 217 Erhöhung der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV brauchen, um Teilhabe in den Regionen zu
- 218 verbessern und eine nachhaltige Verkehrswende zu beginnen.
- 219 Ferner müssen wir die Daseinsvorsorge in Deutschland flächendeckend sichern. Die Corona-
- 220 Pandemie hat gezeigt, welche gravierenden Folgen es hat, wenn soziale Angebote und
- 221 Einrichtungen geschlossen sind oder die Arbeit stark einschränken müssen. Krankenhäuser und
- 222 Pflegeeinrichtungen stehen durch die steigenden Energiekosten und Inflationseffekte vor

- 223 enormen Sachkostensteigerungen, für die oftmals keine Refinanzierung zur Verfügung
steht.
- 224 Das stellt sie vor existenzielle Herausforderungen. Wir brauchen daher umgehend
einen
- 225 Energiekostenschutzschirm und eine Inflationskostenbremse für die betroffenen
Einrichtungen.
- 226 Hart getroffen sind auch die sozialen Dienstleister, also das gesamte Spektrum
sozialer
- 227 Arbeit, der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Beratungs-, Schutz- und
Hilfeeinrichtungen.
- 228 Sie sind den massiv gestiegenen Kosten ausgeliefert und können diese nicht
weitergeben. Auch
- 229 sie müssen wir nun davor schützen, in eine Notlage zu geraten.
- 230 Soziale Sicherheit und sozialer Ausgleich sind gerade in Krisenzeiten unverzichtbar,
denn
- 231 starke Schultern können mehr tragen als schwache. Das bedeutet auch,
Verteilungsfragen zu
- 232 stellen und Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten abzubauen. Gerade in der Krise ist
der
- 233 gesellschaftliche Zusammenhalt gefordert.
- 234 **Standort Deutschland schützen, unsere Industrie umbauen, Unternehmen
retten**
- 235 Die wirtschaftliche Lage ist angespannt. Besonders die kleinen und mittelständischen
236 Unternehmen, aber auch die energieintensiven Industrien brauchen dringend
Unterstützung.
- 237 Deswegen setzen wir uns in der Ampel-Koalition dafür ein, mit einem breit
aufgespannten und
- 238 gut finanzierten Rettungsschirm die Wirtschaft zu schützen. Die Unternehmen können
sich
- 239 darauf verlassen, dass wir sie in dieser Krise schützen.
- 240 Die Energiekrise und die Inflation, aber auch die Dürre haben die Unternehmen in
Deutschland
- 241 unter Druck gesetzt. Das Energiekostendämpfungsprogramm für die energieintensive
Industrie
- 242 wollen wir deshalb deutlich erweitern und um eine neue Programmstufe für den
243 energieintensiven Mittelstand ergänzen – also auch Unternehmen einbeziehen, die
nicht
- 244 unmittelbar im internationalen Wettbewerb stehen. Dadurch unterstützen wir gerade
die
- 245 besonders betroffenen Branchen des Mittelstands und des Handwerks wie etwa
Bäckereien, die
- 246 das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden und die wir unbedingt schützen müssen. Denn
die
- 247 Betriebe vor Ort haben eine herausragende Bedeutung für die lokale Wertschöpfung,
das
- 248 soziale Gefüge und die Gesellschaft in den Dörfern und Städten. Wir müssen jetzt die
249 finanzielle Kraft aufbringen, die nötig ist, um die Substanz unserer Wirtschaft und die
250 Arbeitsplätze in unserem Land zu sichern und in die klimaneutrale Zukunft zu führen.

251 Das Kurzarbeitergeld hat sich, zuletzt in der Pandemie, als Kriseninstrument bewährt.
In
252 Zeiten externen Drucks hilft es, Personalabbau zu vermeiden und schützt
Arbeitsplätze. Es
253 ist daher richtig, dass wir die Sonderregelungen für das Kurzarbeitergeld über den 30.
254 September 2022 hinaus verlängert haben. Damit schaffen wir Sicherheit für
Unternehmen und
255 Beschäftigte. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für eine dauerhafte Fortführung
des
256 SURE-Instruments ein, das in Anlehnung an das deutsche Kurzarbeitergeld geschaffen
wurde.
257 Gerade die öffentlich geförderte Kurzarbeit ist oft dazu geeignet, gezielte
258 innerbetriebliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auf den Weg zu bringen.

259 Um kurzfristig die Liquidität der Unternehmen sicherzustellen, werden wir bestehende
260 Programme wie das KfW-Sonderprogramm „Ukraine, Belarus, Russland“ sowie die
bereits während
261 der Corona-Pandemie eingeführten Erweiterungen der Bund-Länder-
Bürgschaftsprogramme
262 verlängern. Auch das Margining-Finanzierungsinstrument wollen wir fortführen, um
263 Unternehmen, die an den Terminbörsen mit Strom, Erdgas und Emissionszertifikaten
handeln,
264 den Zugang zu ausreichender Liquidität zu ermöglichen.

265 Um gerade kleine und mittlere Unternehmen in der aktuellen Krisensituation zusätzlich
266 finanziell zu entlasten, weiten wir den Verlustrücktrag bei der Einkommen- und
267 Körperschaftsteuer für die Veranlagungszeiträume 2022 und 2023 auf die vier
vorgegangenen
268 Wirtschaftsjahre aus. Dadurch können die Unternehmen ihre Verluste mit den
Gewinnen aus den
269 wirtschaftlich guten Jahren 2018 und 2019 verrechnen und erhalten schneller die
270 erforderliche Liquidität. Eine solche Ausweitung des Verlustrücktrags ist eines der
271 einfachsten und zielgenauesten Instrumente, um Umsatzeinbrüche auszugleichen und
es lässt
272 sich auch mit bestehenden Hilfsprogrammen kombinieren.

273 Mittelfristig sollen die Unterstützungsmaßnahmen auch die Transformation
voranbringen. Es
274 ist daher gut, dass aktuelle Programme bereits Anstrengungen zu Ressourcen- und
275 Energieeffizienz verlangen. Gleichzeitig wollen wir verhindern, dass Konzerne, die
276 Staatshilfen in Anspruch nehmen, in der betreffenden Zeit Boni auszahlen.

277 Richtig ist: Einen wirksamen und großen Rettungsschirm für kleine und
mittelständische
278 Unternehmen gibt es nicht umsonst. Die Entlastungsmaßnahmen erfordern große
Anstrengung und
279 Kreativität, auch innerhalb der Ampelkoalition. Es wäre daher falsch, inmitten einer
derart
280 tiefgreifenden Energie- und Wirtschaftskrise haushaltspolitische Dogmen über die
praktisch
281 notwendige Unterstützung des deutschen Mittelstands zu stellen. Wenn die
Schuldenbremse

282 droht, im kommenden Jahr vor allem eine Bremse für unsere Wirtschaftskraft und die
vielen
283 kleinen und mittleren Unternehmen zu werden, dann muss sie auch 2023 ausgesetzt
werden.

284 Um die Krise zu überwinden, wird es neben kurzfristiger Unterstützung massive
Investitionen
285 brauchen. Wir müssen jetzt umfangreich in die nötige Transformation der Wirtschaft
286 investieren und in den kommenden Jahren das Tempo nochmals erhöhen. Nur so
machen wir unser
287 Wohlstandsmodell unabhängig von fossilen Energiequellen. Das schützt nicht nur das
Klima,
288 sondern senkt auch die Preise, bekämpft damit die fossile Inflation und gibt unserer
289 Wirtschaft Kraft für die Zukunft.

290 Wir brauchen ein Stabilisierungs- und Innovationspaket für unsere Wirtschaft, um
diese
291 Zukunftsinvestitionen zu sichern. Dazu gehört eine finanzielle Stärkung des Klima- und
292 Transformationsfonds (KTF) zur Finanzierung von Maßnahmen für mehr
Energieeffizienz. Es
293 lohnt sich, gezielt nachhaltige Technologien zu fördern, die den Energieverbrauch und
294 dadurch auch die Energiekosten und den CO₂-Ausstoß senken. Schon jetzt
unterstützen wir
295 Unternehmen bei Investitionen in Effizienz- und Substitutionsmaßnahmen.

296 Für die Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation muss der Staat alle Hebel in
297 Bewegung setzen, um die nötigen Investitionen zu ermöglichen, positive Anreize zu
setzen,
298 Potenziale zu erweitern und so gleichzeitig die Preisentwicklung zu dämpfen. Ein Hebel
dafür
299 ist die Stärkung resilienter Lieferketten. Ein weiterer, wesentlicher ist eine bessere
300 Verfügbarkeit von Arbeits- und Fachkräften.

301 Eine zunehmende Herausforderung für Unternehmen ist es, genügend Arbeitskräfte zu
finden. In
302 einigen Branchen und Regionen ist dieser Mangel inzwischen kaum zu übersehen und
wird sich
303 aus demografischen Gründen weiter verschärfen. Allein 2022 werden über 330.000
Menschen mehr
304 in Rente gehen als ins Berufsleben starten. Diese Lücke wird sich bis 2030 etwa
verdoppeln.

305 Das ist nicht nur ein Problem der Wirtschaft und der Sozialversicherungssysteme. Auch
die
306 ökologische Transformation der Wirtschaft kann nur gelingen, wenn ausreichend
Menschen im
307 Handwerk, in der Planung und Forschung tätig sind. Deshalb werden wir uns
entschieden dafür
308 einsetzen, den Arbeitskräftemangel zu lindern. Dabei legen wir einen Fokus auf
309 Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung sowie eine Verbesserung der Vereinbarkeit von
Beruf

310 und Familie. Dies ist auch ein Beitrag, um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu erhöhen.
Wir
311 wollen die Hürden für Frauen abbauen, damit sie sich eigenständig absichern können
und ihre
312 Fachkompetenz dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Bei Qualifizierung, Aus- und
313 Weiterbildung braucht es eine Stärkung der Berufsorientierung an den Schulen, mehr
314 Qualifizierung in Unternehmen sowie einen flächendeckenden Ausbau von
315 Weiterbildungsagenturen. Für die Beschäftigten sind attraktivere Arbeitsbedingungen,
316 passgenaue Arbeitszeiten und eine gute Bezahlung entscheidende Faktoren, um mehr
zu
317 arbeiten. Unternehmen, die gut bezahlen und für ein gesundes Arbeitsumfeld sorgen,
werden es
318 leichter haben, Fachkräfte an sich zu binden.

319 Zusätzlich gilt es, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen zu
320 vereinfachen und zu beschleunigen. Mit einem Fokus allein auf Potenziale im Inland
werden
321 wir dem Mangel an Arbeitskräften allerdings nicht beheben können. Es braucht auch
Menschen
322 aus dem Ausland, die längerfristig hier im Land leben und arbeiten wollen. Deshalb
werden
323 wir die rechtlichen Hürden senken, die verhindern, dass Menschen zusammen mit
ihren Familien
324 nach Deutschland kommen können.

325 Darüber hinaus müssen unsere Lieferketten widerstandsfähiger werden. Wir haben
uns zu
326 abhängig gemacht von einzelnen Handelspartnern und Absatzmärkten und von der
Just-In-Time-
327 Produktion, die bei logistischen Schwierigkeiten Lieferketten reißen lässt. Wir müssen
mit
328 einer neuen Handelsagenda unsere Handelsbeziehungen auf breitere Füße stellen, sie
329 resilienter, fairer und nachhaltiger machen. Damit können wir für zukünftige Krisen
330 vorbauen, die Preissteigerungen heute lassen sich damit noch nicht bekämpfen. So -
und mit
331 den Mitteln der Entwicklungspolitik - wirken wir gemeinsam mit unseren Partner-
Staaten
332 darauf hin, dass soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards entlang der
gesamten
333 Wertschöpfungs- und Lieferkette eingehalten sowie in der Produktion und
Wertschöpfung
334 ausgebaut werden.

335 In den vergangenen Jahrzehnten hat sich Europa bei kritischen Rohstoffen vermehrt in
eine
336 Abhängigkeit von China begeben. Fast zwei Drittel der von der EU als kritische
Rohstoffe
337 eingestuften Ressourcen werden derzeit überwiegend in China abgebaut. Wir haben zu
lange
338 nach dem Prinzip gewirtschaftet, dass dort gekauft wird, wo es am billigsten ist. Häufig
339 sind das Rohstoffe aus China. Gleichzeitig dürfen wir jedoch keine protektionistischen
340 Tendenzen fördern. Wir brauchen die Globalisierung - aber eine faire und nachhaltige.

341 Um die Resilienz unserer Lieferketten zu stärken, müssen wir Einkaufsquellen
342 diversifizieren, resilientere Logistikstrukturen aufbauen und auf europäischer Ebene
343 gemeinsam handeln. Wir unterstützen daher den Vorschlag der Europäischen
Kommission, mit dem
344 Notfallinstrument für den Binnenmarkt die Resilienz und Krisenvorsorge der EU zu
verbessern.

345 Im Rohstoffbereich ist eine Verringerung des Verbrauchs notwendig. Dazu müssen die
346 notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Auf dem Weg zur
Kreislaufwirtschaft
347 brauchen wir eine neue Rohstoffpolitik, die den Einsatz von Primärrohstoffen reduziert,
348 fossile durch nachwachsende Rohstoffe ersetzt und die globale Rohstoffgewinnung an
hohe
349 Transparenz-, Sozial- und Umweltstandards bindet. Auch die Unternehmen sollten ihre
350 Bemühungen hier deutlich verstärken.

351 **Gemeinsam durch einen Winter der Solidarität**

352 Wir sehen, wie groß die Herausforderungen und die Last sind, die all die Menschen und
353 Unternehmen in diesem Land tragen. Es braucht uns alle, unseren Zusammenhalt und
unsere
354 Solidarität, um diese Lasten gemeinsam zu schultern. Gerade in dieser Zeit spielen
soziale
355 Bewegungen und Bündnisse eine wichtige Rolle. Sie bilden einen Organisations- und
356 Resonanzraum, können auf Missstände aufmerksam machen und den politischen
Handlungsdruck
357 erhöhen.

358 Gleichzeitig erleben wir auch jetzt, wie Rechte und Demokratiefeinde die Krise für ihre
359 eigenen Zwecke nutzen. Hasserfüllte Angriffe auf Regierungsvertreter*innen oder
360 Ehrenamtliche sowie der Versuch, die mutige Freiheitsbewegung der
Montagsdemonstrationen in
361 der DDR für Hass und Hetze zu missbrauchen, sind inakzeptabel. Perfiden
Spaltungsversuchen
362 und Verschwörungserzählungen treten wir fakten- und evidenzbasiert entgegen und
363 solidarisieren uns mit allen, die unsere Unterstützung brauchen.

364 Die kommenden Monate sollen zu einem Winter der Solidarität werden. In Bund,
Ländern und
365 Kommunen arbeiten wir mit aller Kraft an den konkreten Problemen und tun alles
dafür, dass
366 wir mit Stärke und Entschlossenheit gemeinsam diese Krise überstehen. Es ist die
russische
367 Regierung mit ihrem Angriff auf Freiheit, Würde und Unversehrtheit der Menschen in
der
368 Ukraine, die auch unsere Freiheit und Sicherheit bedroht. Es ist der Kreml, der mit
seinen
369 Erpressungsversuchen Europa in soziale und ökonomische Verwerfungen stürzen will.
Aber wir
370 lassen uns weder spalten noch erpressen. Wir halten Stand.

Begründung der Dringlichkeit

Große Anteile des Antrags beziehen sich auf die Ergebnisse des Koalitionsausschusses am 3. September 2022 und das dort beschlossene Entlastungspaket sowie auf die darauffolgende Debatte. Der Termin lag nach dem Antragsschluss am 2. September.